

Vladimír Handl

Entfremdung und Kooperation

Paradigmenwechsel in der deutschen Russlandpolitik?

In Deutschland gibt es Anzeichen, die auf einen Wandel der Russlandpolitik hindeuten. Eine neue Generation betritt die politische Bühne, immer wieder ist davon die Rede, dass die Konfrontation überwunden werden müsse. Gleichwohl spricht alles dafür, dass es bei der Politik bleibt, die Berlin vertritt, seit Russland 2014 die Krim annektiert und im Osten der Ukraine den bis heute nicht beendeten Krieg entfacht hat. Die Hoffnung auf eine Partnerschaft mit einem demokratischen und rechtsstaatlichen Russland ist zerstoßen. Versuche, Kontakte aufrecht zu erhalten oder zu erneuern, zeugen nicht von einem neuen Blick auf die Moskauer Politik, sondern von der Rückkehr der alten Hoffnung auf einen langsamen Wandel in Russland. Nur die beiden Parteien am rechten und linken Rand, die AfD und *Die Linke*, stört es nicht, dass das autoritäre Russland gegen das Kerninteresse Deutschlands an einer regelbasierten internationalen Ordnung arbeitet.

In Deutschland herrscht Konsens: Ohne Russland ist in Europa keine Politik zu gestalten. Diese aus langer Erfahrung geborene Prämisse der deutschen Russlandpolitik besagt jedoch wenig darüber, wie in Deutschland aktuell auf Russland geschaut wird und wie die unterschiedlichen Akteure die Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Gesellschaften gestalten wollen. Eine breite Mehrheit ist der Ansicht, dass es vor allem an Russland hängt, wie sich das Verhältnis entwickeln wird. Zwar lautet ein Mantra der deutschen Russland-Politik, dass europäische Sicherheit ohne oder gar gegen Russland nicht denkbar sei. Gleichwohl teilen die meisten politischen Akteure in Deutschland den Schluss, dass Russland die Sicherheit und Stabilität in Europa bedrohe. Daraus ziehen sie den Schluss, dass zwar weiter versucht werden muss, Russland einzubinden, gleichzeitig aber nicht darauf verzichtet werden dürfe, Russland einzudämmen. Lange Zeit dominierte ein anderer Blick auf Russland. Nach der Zäsur des Jahres 1989 mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Aufgabe des sowjetischen Herrschaftsanspruchs in Ostmitteleuropa herrschte die Ansicht, dass nun an die Stelle eines *Gegeneinanders* im Kalten Krieg und eines *Nebeneinanders* in den Entspannungsphasen des Ost-West-Konflikts nun ein *Miteinander* auf der Basis geteilter Normen treten werde. Für viele Jahre ging die deutsche Politik davon aus, dass Russland das gleiche

Vladimír Handl (1957), JUDr., CSc, Mitarbeiter am Institut für Internationale Studien (IMS) an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität und am Peace Research Center Prague/Charles University Center of Excellence, Prag

Von Vladimír Handl ist in *OSTEUROPA* u.a. erschienen: Sicherheitsverband. Deutschland und die ostmitteleuropäischen Staaten, in: OE, 2/2012, S. 53–70.

Der Text entstand im Rahmen des von der Tschechischen Wissenschaftsstiftung (Czech Science Foundation, GAČR) getragenen Förderprojekts Nr. 16-17670S „Identities and Practices of a Dividual Actor: Interpreting Germany's Current Foreign Policies“.

OSTEUROPA, 69. Jg., 1–2/2019, S. 53–66

Verständnis von den internationalen Beziehungen habe und sich innenpolitisch auf dem – wenngleich steinigen – Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft befinde.¹ Die deutsche Politik war davon überzeugt, dass Russland keine Bedrohung darstelle. Als Gefahr wurde allenfalls ein Kollaps Russlands gesehen. Dies galt auch noch nach dem Amtsantritt Vladimir Putins. Als dieser im Jahr 2001 im deutschen Bundestag sprach, hoffte man, dass Russland mit ihm einen Mann gefunden habe, der in Russland nun jene Reformen auf den Weg bringe, die in den 1990er Jahren nicht gelungen waren. Diese Hoffnungen drückten sich in der 2005 formulierten „Modernisierungspartnerschaft“ aus, mit der Deutschland diesen Weg unterstützen wollte. Russland und Deutschland sahen sich als strategische Partner, die mit dem seit 2001 jährlich tagenden Gesprächsforum „Petersburger Dialog“ auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft immer engere Bande entwickeln. Kaum zur Kenntnis genommen wurde, dass Putin unter dem Stichwort „gelenkte Demokratie“ eine autoritäre Machtvertikale in Russland errichtete. Dies begann sich langsam zu ändern, als Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahr 2007 einen ganz anderen Ton anschlug. Hier zeigte sich, dass Putin keine von Deutschland unterstützten Reformen in Russland im Sinn hatte, sondern die Wiederherstellung von Russlands Großmachtstatus in den internationalen Beziehungen. Gleichwohl reagierte Deutschland auf den Georgienkrieg im August 2008 noch ganz nach dem Muster, das sich seit 1989 etabliert hatte. Die amtierende Regierung wollte keine eindeutige Schuld Moskaus oder auch nur eine überzogene Reaktion Russlands erkennen² und stellte stattdessen dem neuen Präsidenten Dmitrij Medvedev, in dessen erste Amtstage der Einmarsch der russländischen Armee in Teile Georgiens gefallen war, einen Blankoscheck des Vertrauens in seinen Reformwillen aus.³ Die Bundesrepublik hielt daran fest, dass eine europäische Sicherheitsordnung nur gemeinsam mit Russland errichtet werden könne. Doch während die auf Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft zielende „Modernisierungspartnerschaft“ nur auf dem Papier stand, trieb der im Amt des Ministerpräsidenten nur scheinbar ins zweite Glied gerückte Vladimir Putin die Modernisierung der Armee voran, die die Rückkehr Russlands als Großmacht befördern sollte.⁴ Einen schweren Schlag erlitten jene, die auf den vermeintlichen Reformer Medvedev gesetzt hatten, als dieser im Jahr 2011 seinen Vorgänger zu seinem Nachfolger designierte und nach Putins Wiederwahl die Demonstrationen gegen Manipulationen bei der Dumawahl im Dezember und die abgekartete Rochade an der Staatsspitze im Mai 2012 endgültig niedergeschlagen wurden. Putin setzte nun innenpolitisch eindeutig auf Repression, außenpolitisch auf Militärmacht und eine Abgrenzung vom Westen. Von gemeinsamen Werten und Prinzipien konnte nun keine Rede mehr sein.⁵

¹ Helmut Kohl im Deutschen Bundestag, 13.1.1994, S. 17413; Helmut Kohl im Deutschen Bundestag, 28.2.1996, S. 7763-4.

² Rick Fawn, Robert Nalbadov: The difficulty of knowing the start of war in the information age: Russia, Georgia and the War over South-Ossetia, August 2008, in: *European Security*, 1/2012, S. 57-89, hier S. 60-61.

³ Gernot Erler: *Mission Weltfrieden. Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik*. Freiburg, Basel, Wien 2009, S. 144-146.

⁴ Benno Ennker: Russlands Außenpolitische Wende. Innere Voraussetzungen 2011-2013, in: *OSTEUROPA*, 9-10/2017, S. 91-93.

⁵ Wolfgang Eichwede: Einmischung tut not! Wider den Selbstbetrug der Putin-Freunde, in: *OSTEUROPA*, 4/2013, S. 91-100. – Hans-Henning Schröder: Russland und Europa. Randbemerkungen zur deutschen Russlanddebatte, in: *OSTEUROPA*, 8/2013, S. 107-114. – Hans-Joachim Spanger: Unheilige Allianz. Putin und die Werte, in: *OSTEUROPA*, 1/2014, S. 43-62.

und sich innenpolitisch auf
 Wirtschaft befinde.¹
 keine Bedrohung darstelle.
 Dies galt auch noch nach
 im deutschen Bundestag
 haben, der in Russland
 ihren nicht gelungen waren.
 „Modernisierungspartner-
 ren wollte. Russland und
 seit 2001 jährlich tagenden
 der Zivilgesellschaft immer
 wurde, dass Putin unter dem
 ale in Russland errichtete.
 heiner Sicherheitskonferenz
 sich, dass Putin keine von
 hatte, sondern die Wieder-
 ernationalen Beziehungen.
 im August 2008 noch ganz
 atierende Regierung wollte
 ogene Reaktion Russlands
 mitrij Medvedev, in dessen
 n Teile Georgiens gefallen
 willen aus.³ Die Bundesre-
 dnung nur gemeinsam mit
 eformen in Wirtschaft und
 auf dem Papier stand, trieb
 te Glied gerückte Vladimir
 ekehr Russlands als Groß-
 ischen Reformer Medvedev
 seinem Nachfolger desig-
 gegen Manipulationen bei
 an der Staatsspitze im Mai
 innenpolitisch eindeutig auf
 renzung vom Westen. Von
 e mehr sein.⁵

Helmut Kohl im Deutschen
 start of war in the information
 2008, in: European Security,
 in der Weltpolitik. Freiburg,
 aussetzungen 2011–2013, in:
 betrug der Putin-Freunde, in:
 ussland und Europa. Randbe-
 3/2013, S. 107–114. – Hans-
 STEUROPA, 1/2014, S. 43–62.

Dies demonstrierte Russland mit einer selbst von den Kritikern des Moskauer Kurses kaum erwarteten Härte, als es im Februar 2014 nach dem Umbruch in der Ukraine die Krim annektierte und das Nachbarland im Donbass in einen unerklärten Krieg zog. Es folgten der Mordanschlag auf den in Großbritannien lebenden ehemaligen Geheimdienstagenten Skripal⁶, Cyberangriffe auf westliche Staaten und der Versuch, in den europäischen Staaten und den USA Gegner der bestehenden politischen Ordnung zu mehr politischem Einfluss zu verhelfen. Nun setzte sich auch in Deutschland die Einsicht durch, dass Russland unter Putin eine Revision der Ordnung anstrebt, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts entstanden war und dass dieser Angriff auf die regelbasierte internationale Ordnung Deutschland besonders trifft, da Sicherheit und Wohlstand eines Staats ohne Atomwaffen in besonderem Maße von einer solchen Ordnung abhängen.⁶ Wie tief der Bruch mit Russland ist, zeigt die Diskussion über die Frage, ob Russland seine Politik nur in der Ukraine mit anderen Mitteln fortsetzt oder bereit ist, eine neue Ordnung generell auf diese Weise durchzusetzen. Daran, dass Russland die in Helsinki und Paris vereinbarten Regeln für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für überlebt hält, herrscht kein Zweifel mehr.⁷ Die große Mehrheit in der deutschen Politik hat erkannt, dass Russland – wie auch China – sich als Ordnungsmächte eines neuen multipolaren internationalen Systems betrachten, das an die Stelle des von ihnen als unilateral und demütigend empfundenen Systems nach dem Ende des Ost-West-Konflikts rücken soll.

Deutschland hingegen hält an genau diesem System fest: an einer funktionierenden Europäischen Union sowie an der transatlantischen Partnerschaft mit den USA, die allerdings seit dem Amtsantritt von Donald Trump auch von dieser Seite unter Druck geraten ist.⁸ Diese zweite Entfremdung auch von den USA hat allerdings nicht dazu geführt, dass Russland in der deutschen Politik aufgewertet worden wäre. Im Gegenteil: Ein Generationswechsel im deutschen Bundestag hat diese Tendenz verstärkt. So sind etwa Gernot Erler (SPD), Franz Thönnies (SPD), Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank-Walter Steinmeier (SPD), die in unterschiedlichen Ämtern und mit nicht selten konträren Ansätzen und Ansichten Russland stets verbunden waren, aus dem Bundestag ausgeschieden. Die deutsche Russlandpolitik wird mehr und mehr von einer Generation bestimmt, die den Übergang von der Entspannungspolitik der 1970er zum Kalten Krieg der frühen 1980er Jahre zur Perestrojka ab Mitte der 1980er Jahre und das *annus mirabilis* 1989 nicht selbst erlebt hat. Im Amt des Koordinators für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, das der studierte Slawist Erler von 2013 bis 2017 ausübte, ist nun der vierzig Jahre jüngere Dirk Wiese, den erst sein neues Amt erstmals nach Russland geführt hat. Auch die politische Karriere von Außenminister Heiko Maas begann nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, und er bringt Verstöße Russlands gegen gemeinsam vereinbarte Regeln klarer zur Sprache, als es seine

⁶ Benno Ennker: Russlands Außenpolitische Wende. Innere Voraussetzungen 2011–2013, in: OSTEUROPA, 9–10/2017, S. 89–108. – Manfred Huterer: Sicherheit mit und vor Russland. Anmerkungen zur aktuellen Russlanddebatte, in: OSTEUROPA, 9–10/2017, S. 109–115.

⁷ Gernot Erler: Neue Ostpolitik – entspannen, eindämmen, abschrecken? Rede bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, 1.6.2017, <<https://dgap.org/de/node/29638>>.

⁸ Gernot Erler: Weltordnung ohne den Westen? Europa zwischen Russland, China und Amerika. Freiburg, Basel, Wien 2017, S. 89–111.

Vorgänger getan hatten.⁹ Dies zeigte sich nicht zuletzt, als er sich von jenen in seiner Partei distanzierte, die die Ostpolitik Willy Brandts zum Vorbild erklärten, diese jedoch als Russia-first-Politik auslegten:

Die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr war in erster Linie eine Osteuropapolitik. Es ging etwa um das Verhältnis zu Polen. Damals gab es den Warschauer Pakt, und nichts ging ohne die Sowjetunion. Heute haben wir eine vollkommen andere Lage. Ein Teil der osteuropäischen Staaten, die einst von Moskau gesteuert wurden, steht in großer Distanz zu Moskau. [...] Wir brauchen neue Antworten auf neue Fragen. So ist es eine Aufgabe der deutschen Außenpolitik, die Ängste unserer Partner in Ost- und Mitteleuropa ernst zu nehmen.¹⁰

Auffällig ist auch, dass mit Maas, Wirtschaftsminister Peter Altmaier sowie der neuen CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer, die spätestens 2021 die Nachfolge von Angela Merkel im Amt der Kanzlerin anzutreten hofft, drei Politiker aus dem äußersten Westen der Republik (Saarland) in hohen Funktionen sind, nachdem zuvor ostdeutsche Politiker (Merkel, Joachim Gauck, Wolfgang Thierse) eine große Rolle gespielt hatten. Der Trend zeichnete sich bereits im Wahlkampf vor der Bundestagswahl 2017 ab, als das Thema Russland nahezu keine Rolle spielte.

Dieser Trend spiegelt sich auch auf der Ebene der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Politikberatung. Nachdem es in den 1990er Jahren schien, dass die Beziehungen zu Russland so „normal“ werden würden, dass es keiner besonderen Expertise mehr bedürfe, war die Förderung akademischer Russland- und Osteuropakompetenz deutlich verringert worden.¹¹ Zwar hat hier seit der Entfremdung und dem Bruch durch die Krim-Annexion und den Krieg im Donbass ein Umdenken stattgefunden. Doch das aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanzierte *Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien*, das 2017 seine Arbeit in Berlin aufnahm, hat die Lücke, die in den anderthalb Jahrzehnten zuvor entstanden war, bislang nicht füllen können.

Zeitenwende Krim

Deutschland reagierte auf die Annexion der Krim und den verdeckt geführten Krieg im Osten der Ukraine nicht so, wie es all jene erwartet hätten, die Berlin eine grundsätzliche Nähe zu Moskau nachsagen. Kanzlerin Merkel erklärte noch ein Jahr nach der Annexion zur Kooperation mit Russland unmissverständlich:

Durch die verbrecherische und völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine hat diese Zusammenarbeit einen schweren Rückschlag erlitten.¹²

⁹ Hintergrundgespräch im Auswärtigen Amt, Berlin, Juli 2017.

¹⁰ Heiko Maas: Das nationale Interesse Deutschlands hat einen Namen: Europa. Welt am Sonntag, 19.8.2018.

¹¹ Manfred Sapper: Mehr Expertise wagen. Russland- und Osteuropakompetenz in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 21–22/2017, S. 33–38.

¹² Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Putin, 10.5.2015, Moskau, <www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/05/2015-05-10-pk-merkel-putin.html>.

er sich von jenen in seiner Vorbild erklärten, diese je-

ar in erster Linie eine Ost-Polen. Damals gab es den Union. Heute haben wir eine chen Staaten, die einst von u Moskau. [...] Wir brau- ne Aufgabe der deutschen und Mitteleuropa ernst zu

Altmaier sowie der neuen stens 2021 die Nachfolge drei Politiker aus dem äun sind, nachdem zuvor ost- e) eine große Rolle gespielt der Bundestagswahl 2017

haft und der wissenschaft- nien, dass die Beziehungen esonderen Expertise mehr europakompetenz deutlich und dem Bruch durch die n stattgefunden. Doch das r Osteuropa- und interna- hat die Lücke, die in den füllen können.

verdeckt geführten Krieg en, die Berlin eine grund- klärte noch ein Jahr nach lich:

e Annexion der Krim und ukraine hat diese Zusam-

en: Europa. Welt am Sonntag,

epakompetenz in Deutschland,

nt Putin, 10.5.2015, Moskau, enzen/2015/05/2015-05-10-

Deutschland setzte sich für die Verhängung von Sanktionen gegen Russland ein und hält an diesen – trotz mancher Kritik etwa aus dem Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, die allerdings schwächer ausfällt als in anderen Staaten, etwa Österreich oder Italien – bis heute fest.¹³ Nachdem sich die Bundesregierung bei der Suche nach einer Friedenslösung für den Donbass engagiert hatte, die in zwei in Minsk beschlossenen Dokumenten – Minsker Protokoll (Minsk I) vom September 2014 und Minsker Abkommen (Minsk II) vom Februar 2015 – vorgezeichnet wird, lässt sie seitdem im Streit um die Einhaltung und Umsetzung der Abkommen nicht erkennen, dass sie Moskau mehr Glauben schenken würde als der OSZE, die immer wieder Verstöße Russlands gegen die Vereinbarungen beobachtet. Gleichzeitig hat die Bundesregierung ein großes Programm aufgelegt, mit dem der wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbau in der Ukraine gefördert werden soll. In der NATO setzt sich Deutschland erstmals seit Ende des Ost-West-Konflikts für eine Politik ein, die neben Dialog und Einbindung Russlands auch Elemente der Eindämmung und Abschreckung enthält. An dem Projekt einer zweiten Erdgaspipeline durch die Ostsee, die es ermöglichen würde, die Menge des direkt aus Russland nach Deutschland importierten Erdgases von 55 Milliarden m³ auf 110 Milliarden m³ zu verdoppeln, hält die Bundesregierung allerdings trotz Kritik aus der Ukraine, Polen und den USA fest.

Somit lässt sich sagen, dass Deutschland

das übergeordnete Ziel einer Partnerschaft mit Russland beibehalten hat und weiterhin auf Diplomatie statt auf militärische Stärke setzt, die strategischen Prioritäten und der Blick auf die gegenwärtige russische Führung sich jedoch geändert haben.¹⁴

Die seit März 2018 amtierende Bundesregierung hat einen neuen Versuch unternommen, die Beziehungen zu Russland zu verbessern. Sie bemüht sich, ohne die in den Jahren zuvor gewonnenen Einsichten aufzugeben, einen neuen *modus vivendi* zu finden, eine konstruktive Gestaltung des bestehenden Antagonismus.¹⁵ Davon zeugen wiederholte Treffen zwischen Kanzlerin Merkel und Präsident Vladimir Putin sowie ihre Gespräche mit Außenminister Sergej Lavrov und dem Generalstabschef der russländischen Streitkräfte, Valerij Gerasimov.¹⁶ Stets geht es darum, Gespräche wieder aufzunehmen, ohne dass damit von vorneherein eine Übernahme des von Moskau vertretenen Standpunkts in den zahlreichen strittigen Fragen einhergeht. Nach einem Treffen mit Putin in Soçi im Juni 2018 erklärte Kanzlerin Merkel:

Ich bin für Gespräche mit Russland, allerdings auch mit Blick auf die Differenzen, die wir haben. Diese werden beim Wort genommen; aber Dialog ist immer wichtig.¹⁷

¹³ Simon Bulmer, William E. Paterson: Germany and the Crisis: Assets or Liability? In: Desmond Dinan, Neill Nugent, William E. Paterson (Hg.): The European Union in Crisis. London 2017, S. 212–232, hier S. 227–228.

¹⁴ Thomas Forsberg: From Ostpolitik to „frostpolitik“? Merkel, Putin and German foreign policy towards Russia, in: International Affairs, 1/2016, S. 21–42, hier S. 23–24.

¹⁵ Hintergrundgespräch im Auswärtigen Amt, Berlin, Juli 2017.

¹⁶ Stefan Meister: Merkel und Putin im Dialog: Die Rückkehr des Pragmatismus. DGAPStandpunkt Nr. 19/August 2018.

¹⁷ Angela Merkel (CDU/CSU): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 35. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 6. Juni 2018, S. 3260.

Auch Außenminister Maas ist bemüht, den Dialog mit Russland wieder aufzunehmen. Seine Priorität liegt allerdings bei der Bildung einer Staatenkoalition, die sich für die Aufrechterhaltung einer multilateralen Ordnung einsetzt. Dieses der deutschen Politik seit Jahrzehnten eingeschriebene Ziel ist auch eine der Säulen der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Konkret wird es mit Russland dort realisiert, wo die Bundesrepublik eine punktuelle Übereinstimmung der Interessen sieht.

Strömungen in der Russlandpolitik

Die Verschärfung der autoritären Politik des Moskauer Regimes seit 2012 und der spätestens 2014 eingeschlagene aggressiv antiwestliche Kurs in der Außenpolitik haben die russlandpolitische Landschaft in Deutschland verändert. Bis 2012 konnte man – mit einer gewissen Vereinfachung – von vier Strömungen sprechen. Eine vor allem von der Partei *Die Linke* sowie von Teilen der deutschen Wirtschaft vertretene Strömung wollte ein klares Übergewicht gemeinsamer Interessen über Differenzen in von ihr ohnehin geringgeschätzten Normenfragen erkennen. Eine zweite, vor allem in der SPD beheimatete, aber auch in Teilen der CDU/CSU vertretene Strömung blickte etwas kritischer auf das Geschehen in Russland, setzte jedoch darauf, durch enge Kooperation mit Russland dort auf lange Sicht eine Veränderung erwirken zu können („Wandel durch Verflechtung“). Die Mehrheit der CDU folgte Kanzlerin Merkel auf ihrem – auch von den Grünen sogar mit noch mehr Deutlichkeit vertretenen – Kurs: klare Kritik an Verstößen Russlands gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht, bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Kooperation. Eine vierte Strömung schließlich sah Russland bereits vor der Annexion der Krim als potentielle Bedrohung und setzte sich bereits zu dieser Zeit für eine Ergänzung der Diplomatie um Elemente der Abschreckung ein. Sie war vor allem in den transatlantisch gesonnenen Kreisen der CDU beheimatet.

Die im Bundestag in den Jahren 2014 bis 2018 geführten Debatten zeigen, wie sich nach der Annexion der Krim die russlandpolitische Landschaft in Deutschland verändert hat. Eine breite Koalition, die die beiden Regierungsparteien CDU/CSU und SPD sowie die Oppositionsparteien *Die Grünen* und FDP umfasst, geht davon aus, dass Russland unter der gegenwärtigen Führung in den internationalen Beziehungen eine auf Machtsteigerung und Statuserhöhung zielende Politik betreibt und bei der Durchsetzung von Einflussphären bereit ist, militärische Gewalt anzuwenden. Daher müsse Deutschland zwar den Dialog fortführen, zugleich jedoch seine Verteidigungsfähigkeit stärken und sich deutlicher für die Fähigkeit zur Abschreckung und Eindämmung engagieren. Diese Strömung erkennt den Antagonismus an, will jedoch konstruktiv mit ihm umgehen.

Im März 2018 trat die neue Bundesregierung ihr Amt an. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ist zwar davon die Rede, dass es „im wirtschaftlichen Austausch ein großes Potential und im zivilgesellschaftlichen Bereich ein starkes Kooperationsinteresse“ gebe.¹⁸ Doch weiter heißt es bedauernd,

¹⁸ Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag CDU, CSU und SPD, 7.2.2018, S. 150.

land wieder aufzunehmen.
nkoalition, die sich für die
ieses der deutschen Politik
n der deutsch-französischen
ert, wo die Bundesrepublik

dass Russlands Politik, einschließlich der Menschenrechtslage, einen erheblichen Rückschritt bedeutet. Russland verletzt durch seine völkerrechtswidrige Krim-Annexion und das Eingreifen im Osten der Ukraine die europäische Friedensordnung. Diese gegenwärtige russische Außenpolitik verlangt von uns besondere Achtsamkeit und Resilienz.¹⁹

egimes seit 2012 und der
in der Außenpolitik haben
Bis 2012 konnte man – mit
echen. Eine vor allem von
schaft vertretene Strömung
er Differenzen in von ihr
veite, vor allem in der SPD
e Strömung blickte etwas
uf, durch enge Kooperation
rken zu können („Wandel
zlerin Merkel auf ihrem –
etenen – Kurs: klare Kritik
Völkerrecht, bei gleichzei-
schließlich sah Russland
g und setzte sich bereits zu
der Abschreckung ein. Sie
CDU beheimatet.

Debatten zeigen, wie sich
haft in Deutschland verän-
rteien CDU/CSU und SPD
asst, geht davon aus, dass
ionalen Beziehungen eine
etreibt und bei der Durch-
anzuwenden. Daher müsse
eine Verteidigungsfähigkeit
eckung und Eindämmung
n, will jedoch konstruktiv

Im Koalitionsvertrag von
wirtschaftlichen Austausch
ein starkes Kooperations-

hland. Ein neuer Zusammen-
2018, S. 150.

Anders sehen dies zwei scheinbar entgegengesetzte, sich in der Sache jedoch nahestehende Parteien: *Die Linke* und die *Alternative für Deutschland*. *Die Linke* macht für die Krim-Annexion und die auf sie folgende Entfremdung vor allem den Westen verantwortlich. Russland, so der Tenor, habe nur reagiert. *Die Linke* erkennt faktisch die von Russland reklamierten Einflussphären an und stellt das Prinzip der Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten eindeutig über die universale Gültigkeit von Bürger- und Menschenrechten sowie die zur Einhaltung dieser Rechte eingegangenen Selbstverpflichtungen. Sie fordert daher eine „Gleichbehandlung Russlands“ und die Rückkehr zu einer „vollwertigen deutsch-russischen Partnerschaft“.

Nur einen kleinen Schritt weiter geht die seit 2017 im Bundestag vertretene AfD. Sie sieht, ebenso wie ihr ohne einen bürgerlichen Anstrich auskommendes rechtsnationales Umfeld, in dem Moskauer Regime innenpolitisch ein Vorbild und außenpolitisch einen Partner, der die Befreiung Deutschlands aus den Fesseln der liberalen Demokratie und der Europäischen Union ermöglichen soll.

Während *Die Linke* die Wiederannäherung an Russland mit der Bedrohung begründet, die von den USA unter Präsident Donald Trump ausginge, erklärt die AfD Trump zum Vorbild. Der Abgeordnete der *Linken*, Diether Dehm, sagte im Bundestag:

Wir brauchen [...] gerade in Zeiten des durchgeknallten Trampplers im Weißen Haus militärischen und wirtschaftlichen Frieden mit dem europäischen Russland. Europa ist größer als die EU. Europa ist auch Russland. Darum ist Abrüstung proeuropäisch und nicht Aufrüstung.²⁰

Der Parteivorsitzende der AfD Alexander Gauland warnte vor „den verhängnisvollen Folgen unbedingter Wertbindung“ und hob hervor, dass der amerikanische Präsident Trump „die Ära des sogenannten Demokratieexports“ für beendet erklärt habe.²¹ Noch weiter geht der zum rechten Flügel der AfD zu rechnende Petr Bystron:

Und wenn Sie lernen wollen, wie man einen bewaffneten Konflikt in der Region löst, dann schauen Sie sich das von den Russen ab. Die haben das in Syrien eindrucksvoll bewiesen.²²

¹⁹ Ebd.

²⁰ Dr. Diether Dehm (Die Linke): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 36. Sitzung, 7.6.2018, S. 3474.

²¹ Alexander Gauland (AfD): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 32. Sitzung, 16.5.2018, S. 3001.

²² Petr Bystron (AfD): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 36. Sitzung, 7.6.2018, S. 3451. – Petr Bystron (ursprünglich Bystroň) stammt aus Olomouc und kam 1987 nach Deutschland, als seine Eltern aus der Tschechoslowakei flohen und in der BRD politisches Asyl beantragten.

Nach dem Mordanschlag auf den ehemaligen Geheimdienstagenten Skripal' erklärte Merkel:

Ich wäre froh, wenn ich an dieser Stelle Russland nicht nennen müsste [. . .] Aber wir können Evidenzen nicht auflösen, weil wir Russland nicht nennen wollen.²³

Gauland hingegen behauptete, die Bundesregierung habe sich

viel zu voreilig und ohne Beweise [. . .] im Fall Skripal und bei den angeblichen Giftgasangriffen Assads gegen Russland gestellt.

Ins gleiche Horn bläst *Die Linke*, deren Mantra lautet, es gebe eine „Vorverurteilung Russlands“.²⁴ Der SPD-Abgeordnete Achim Post vertrat hingegen, die Politik Russlands in Syrien sei „brutal, zynisch und menschenverachtend“ und habe „mit dem Völkerrecht nichts, aber auch gar nichts zu tun“.²⁵ Dies zeigt, wie tief die Kluft zwischen SPD und der *Linken* mittlerweile in der Russlandpolitik ist. Ähnliches lässt sich zwischen AfD und FDP beobachten, obwohl sich die AfD gerne als Partei sieht, die zu den nationalliberalen Wurzeln der FDP zurückgekehrt sei. Während die FDP auf „Russlands ständige Blockadepolitik im Sicherheitsrat“ verweist,²⁶ erklärte Gauland, dass eine Lösung des Konflikts in Syrien „nur im Gespräch mit Russland und, ja, auch mit Assad gelingen kann“.²⁷ Ihm sprang Sahra Wagenknecht von der *Linken* bei. Sie kritisierte die SPD, die die USA nicht gerügt habe, nachdem diese – gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien – auf einen mutmaßlich von Assads Truppen verübten Giftgasangriff im südsyrischen Duma im April 2018 mit Luftschlägen gegen drei syrische Einrichtungen reagiert hatten, in denen Produktions- oder Lagerstätten für chemische Waffen vermutet wurden.²⁸ Ihr Fraktionskollege Tobias Pflüger sprach von einer direkten Drohung an Russland und warnte vor einer weiteren Eskalation.²⁹

Ganz nach diesem Schema verlief auch die Debatte, nachdem Putin Anfang 2018 das Wort Abrüstung in den Mund genommen hatte. Nils Schmid (SPD), Obmann des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, erklärte:

Natürlich ist es schön, wenn Präsident Putin neue Abrüstungsvorschläge macht. Wir wären aber schon froh, wenn es uns erst einmal gelänge, die bestehenden Rüstungskontrollsysteme in Europa aufrechtzuerhalten.³⁰

Außenminister Heiko Maas ergänzte:

²³ Angela Merkel: Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 22. Sitzung, 21.3.2018, S. 1820.

²⁴ Exemplarisch Heike Hänsel (Die Linke): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 22. Sitzung, 21.3.2018, S. 1865.

²⁵ Achim Post (SPD): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 32. Sitzung, 16.5.2018, S. 3002.

²⁶ Bijan Djir-Sarai (FDP): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 36. Sitzung, 7.6.2018, S. 3491.

²⁷ Alexander Gauland: Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 25. Sitzung, 18.4.2018, S. 2268.

²⁸ Sahra Wagenknecht (Die Linke): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 25. Sitzung, 18.4.2018, S. 2271.

²⁹ Tobias Pflüger (Die Linke): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 25. Sitzung, 18.4.2018, S. 2279.

³⁰ Dr. Nils Schmid (SPD): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 22. Sitzung, 21.3.2018, S. 1867.

stagenten Skripal' erklärte

nicht nennen müsste [...] wir Russland nicht nennen

h

bal und bei den angeblichen

bebe eine „Vorverurteilung“ entgegen, die Politik Russ-
tend“ und habe „mit dem
gt, wie tief die Kluft zwi-
ik ist. Ähnliches lässt sich
erne als Partei sieht, die zu
ei. Während die FDP auf-
rweist,²⁶ erklärte Gauland,
mit Russland und, ja, auch
ht von der *Linken* bei. Sie
m diese – gemeinsam mit
Assads Truppen verübten
ftsschlägen gegen drei syri-
der Lagerstätten für chemi-
s Pflüger sprach von einer
n Eskalation.²⁹

dem Putin Anfang 2018 das
mid (SPD), Obmann des

neue Abrüstungsvorschläge
erst einmal gelänge, die be-
rechtzuerhalten.³⁰

Sitzung, 21.3.2018, S. 1820.
tag – 19. Wahlperiode – 22.

Sitzung, 16.5.2018, S. 3002.
6. Sitzung, 7.6.2018, S. 3491.
Sitzung, 18.4.2018, S. 2268.
Wahlperiode – 25. Sitzung,

ode – 25. Sitzung, 18.4.2018,

e – 22. Sitzung, 21.3.2018, S.

Bei Deals mit Russland empfehle ich Vorsicht [...] Mit einzelnen Deals mit
anderen [...] werden wir zu keiner Lösung kommen [...] Wir agieren eher
im internationalen Kontext und weniger mit bilateralen Initiativen, die die
Sache eher erschweren würden.³¹

Die Linke hingegen wollte Putin Glauben schenken:

Nehmen wir ihn doch beim Wort und starten wir gemeinsam eine Abrüstungs-
initiative! Das würde mehr zu europäischer Sicherheit beitragen.³²

Herausforderung Trump

Die Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung beruhten vor 1989 wie nach 1989
auf der Präsenz der USA in Europa und dem Willen Washingtons, sich an der Schaffung
einer regelbasierten Weltordnung zu beteiligen. In den 1990er Jahren und weit darüber
hinaus war es das Leitbild der deutschen Politik, die in Westeuropa entstandene, inner-
staatlich auf rechtsstaatlicher Demokratie und Marktwirtschaft, zwischenstaatlich auf
Freihandel, grenzüberschreitender Kooperation bis hin zur supranationalen Integration
ruhende Ordnung nach Osten zu erweitern. Ein demokratisches Russland sollte Teil
dieser Ordnung sein, wegen seiner Größe und des von Moskau reklamierten Sonder-
status nicht als Mitglied der Europäischen Union und der NATO, aber doch eng an
diese angebunden.

Von diesem Ziel ist nicht nur Russland seit vielen Jahren abgerückt. Auch die USA
wollen diese Ordnung nicht mehr garantieren, sehen sich seit dem Amtsantritt von
Donald Trump gar als Verlierer dieser Ordnung. Wie reagiert Deutschland darauf,
dass nach der Erosion des Modells der gemeinsamen Sicherheit auch das Modell der
kollektiven Verteidigung unter Führung der USA obsolet zu werden droht?

Der Probleme ist sich Berlin sehr wohl bewusst, wie Außenminister Maas im Bundestag
erkennen ließ:

Die uns vertraute Weltordnung erlebt einen fundamentalen Umbruch [...] Die
Prinzipien des Multilateralismus und des Völkerrechtes werden grundlegend
infrage gestellt. [...] von außen drohen große Spieler wie Russland, China und
leider in gewisser Weise mittlerweile auch die USA, die EU zu spalten.³³

Nicht anders sehen es – obwohl in der Opposition – auch die *Grünen* und die FDP. Die
stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion von *Bündnis 90/Die Grünen*,
Agnieszka Brugger etwa sagte im Bundestag:

³¹ Heiko Maas (SPD): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 22. Sitzung, 21.3.2018, S.
1800.

³² Heike Hänsel: Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 22. Sitzung, 21.3.2018, S. 1865.

³³ Heiko Maas: Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 32. Sitzung, 16.5.2018, S. 3015.

In einer Welt der Putins, Trumps und Erdogans ist doch unsere weltweite Friedensordnung unter Beschuss und sind unsere gemeinsamen Werte in Gefahr.³⁴

Und Alexander Graf Lambsdorff, der nach Jahren im Europaparlament seit 2017 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag ist, verwies auf

tektonische Machtverschiebungen im internationalen System: mit einem aufsteigenden China, einem revisionistischen Russland und Vereinigten Staaten von Amerika, die sich zurückziehen als Garant dieser liberalen Weltordnung.³⁵

Anders als *Die Linke* und die AfD, die mehr oder weniger deutlich an der Zerstörung – in ihren Worten: an der Überwindung – dieser Weltordnung arbeiten, hält die Regierungskoalition an der bestehenden Ordnung fest. Diese hofft sie trotz aller Brüche und Krisen auch innerhalb der Europäischen Union, gemeinsam mit den anderen EU-Staaten bewahren zu können. So betonte Außenminister Maas:

Europa muss in diesem Moment Lücken schließen, die andere aufreißen [. . .] Gelingt uns das nicht, dann werden Mächte dieses Vakuum füllen, die ein ganz anderes Verständnis von Ordnung haben als wir.³⁶

Ein Beispiel ist das Bemühen, den Iran zur Einhaltung der im Atomabkommen aus dem Jahre 2015 eingegangenen Verpflichtungen zu animieren, auch nachdem die USA die mit dem Abkommen ausgesetzten Sanktionen gegen den Iran in verschärftem Maße wieder verhängt haben.³⁷ Dazu versuchte Deutschland im Verbund mit den anderen EU-Staaten eine Zweckgesellschaft zu gründen, die es Unternehmen ermöglichen sollte, ihre Wirtschaftsbeziehungen mit iranischen Unternehmen aufrechtzuerhalten, auch wenn Privatbanken aus Furcht, unter die US-amerikanischen Sanktionen zu fallen, diese nicht mehr finanziell abwickeln wollen.³⁸ Partner der Bemühungen um einen Erhalt des Atomabkommens ist nolens volens Russland, das nicht zuletzt wegen des Kriegs in Syrien enge Beziehungen zu Teheran pflegt und nicht an einer erneuten Isolierung des Iran interessiert ist.

³⁴ Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 22. Sitzung, 21.3.2018, S. 1866.

³⁵ Alexander Graf Lambsdorff (FDP): Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 22. Sitzung, 21.3.2018, S. 1863.

³⁶ Maas, Das nationale Interesse Deutschlands [Fn. 10].

³⁷ Amerika macht Ernst mit Iran-Sanktionen. FAZ, 5.11.2018.

³⁸ Allerdings stößt dieses Vorhaben auf erhebliche Hindernisse. Seit die in Belgien ansässige Gesellschaft für weltweite Interbanken-Finanz-Telekommunikation SWIFT mit Inkrafttreten der US-Sanktionen den Zugang vieler iranischer Banken zum internationalen Zahlungssystem gekappt hat, ist die Gründung der Zweckgesellschaft gefährdet. EU and Iran create „special vehicle“ for trade despite US sanctions. Deutsche Welle, 25.9.2018, <www.dw.com/en/eu-and-iran-create-special-vehicle-for-trade-despite-us-sanctions/a-45623867>.

Handel auch ohne Wandel

Die deutschen Exporte nach Russland sind mehrere Jahre in Folge stark zurückgegangen: im Jahr 2013 um sechs Prozent, im Jahr 2014 um 18,4 Prozent und im Jahr 2015 um weitere 25,9 Prozent. Dies wird von einigen Vertretern der deutschen Wirtschaft zumindest teilweise auf die Sanktionen zurückgeführt, die die EU gegen Russland verhängt hat und auf die Russland mit eigenen Sanktionen reagiert hat. Der Rückgang begann allerdings bereits vor Verhängung der Sanktionen. Zudem ist – ohne dass diese aufgehoben worden wären – der Export aus Deutschland nach Russland im Jahr 2017 um 20 Prozent gestiegen.³⁹ Für den Rückgang war somit auch, wenn nicht in erster Linie, genau lässt es sich kaum beziffern, die Entwicklung des Ölpreises auf den internationalen Märkten verantwortlich, der Russlands stark vom Ölexport abhängige Wirtschaft unmittelbar beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund hält die Bundesregierung – ohne ihre Politik in der Sanktionsfrage dadurch zu ändern – an dem Projekt *Nord Stream 2* fest. Die Sorgen der Ukraine, die fürchtet, nach einem Verlust ihrer Rolle als Transitstaat vollkommen Moskauer Willkür ausgesetzt zu sein, will sie berücksichtigen. Sie will in Moskau darauf drängen, dass Russland sich dazu verpflichtet, auch nach Inbetriebnahme der zweiten Pipeline durch die Ostsee das über die Ukraine verlaufende Röhrensystem für den Export von Erdgas nach Westeuropa zu nutzen.⁴⁰ Auch erkennt Kanzlerin Merkel an, dass die Abhängigkeit Deutschlands von Erdgasimporten im Zuge des Ausstiegs aus der Kernkraft und der Braunkohleverstromung wächst. Sie verspricht jedoch, einer einseitigen Abhängigkeit durch Diversifizierung der Lieferstaaten und Lieferwege zu begegnen – dazu gehört möglicherweise auch der Import von verflüssigtem Erdgas per Schiff aus den USA. Auch die bessere Verknüpfung bestehender Pipelines soll die mit einer einseitigen Abhängigkeit verbundenen Risiken senken.⁴¹

Potentiell im Widerspruch zur Politik der Bundesregierung stehen die Aktivitäten einiger ostdeutscher Bundesländer, in denen der Anteil Russlands am Außenhandel höher ist als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Die fünf Ministerpräsidenten fordern – im Verbund mit Wirtschaftsvertretern – eine Lockerung und schrittweise Abschaffung der Sanktionen gegen Russland.⁴² Diese hätten den gewünschten politischen Zweck nicht erfüllt und schaden vor allem kleinen und mittleren Unternehmen aus diesen Bundesländern. Insbesondere Mecklenburg-Vorpommern betreibt eine Art Nebenaußenpolitik. Russland steht in der Bilanz der addierten Ein- und Ausfuhren des Bundeslandes nach

³⁹ Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales 2018. Statistisches Bundesamt 2018, S. 427.

⁴⁰ Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass sich das privatwirtschaftliche Unternehmen *Gazprom* auf einen solchen Vertrag einlassen wird. Auf einem anderen Blatt steht, dass auch nach Inbetriebnahme von *Nord Stream 2* mehr Erdgas aus Russland nach Westeuropa importiert werden wird, als dies die beiden Röhrensysteme am Grund der Ostsee ermöglichen, sodass gewisse Mengen weiter über die Ukraine transportiert werden.

⁴¹ Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur 49. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums am 23. Januar 2019 in Davos, <www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-zur-49-jahrestagung-des-weltwirtschaftsforums-am-23-januar-2019-in-davos-1572920>.

⁴² Ost-Länderchefs: Russland-Sanktionen abbauen. NDR, 28.1.2018, <www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Ost-Laenderchefs-Russland-Sanktionen-abbauen,ostlaenderchefs106.html>.

Polen und den Niederlanden auf Platz 3. Im Oktober 2018 lud Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) bereits zum dritten Mal zu einem sogenannten „Russlandtag“ nach Rostock, um weitere Wirtschaftskontakte anzubahnen.⁴³ Kritik weist sie zurück:

Wir können natürlich auf regionaler Ebene keine internationalen Konflikte lösen, aber wir sollen mit unseren Partnern im Gespräch bleiben und unseren Austausch weiter intensivieren. Wir wollen dabei mithelfen, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen [. . .] Nicht nur mit Russland verbindet uns viel. Wir leben auch mit Polen in einer guten Partnerschaft [. . .] Ich sehe uns als Brückenbauer.⁴⁴

Ähnlich äußerte sich der thüringische Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD):

Wir legen ganz großen Wert darauf, dass wir im europäischen Geleitzug bleiben, und ich teile nicht die Meinung, dass irgendein EU-Land – auch nicht Deutschland – aus diesem Geleitzug ausscheren sollte.⁴⁵

Schwesig weist Verantwortung für die große Politik von sich und Tiefensee lehnt einen deutschen Sonderweg ab. Auf einem anderen Blatt steht, wie sie zu der Frage stehen, ob Berlin die aus mehreren EU-Staaten – besonders laut etwa aus Italien – erschallenden Rufe erhören und sich für eine Lockerung oder Abschaffung der Sanktionen einsetzen soll.

Allerdings gehören diese Aktivitäten in den Bereich der pragmatischen Zusammenarbeit, welche die grundsätzliche Position allenfalls etwas aufweicht, nicht aber ändert. Es gilt weiter, was der Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundespräsidialamt Thomas Bagger jüngst formuliert hat: Die Annexion der Krim und die Intervention im Osten der Ukraine haben „Deutschlands Weltsicht fundamental erschüttert“. Diese hatte darauf beruht, dass der Sieg der demokratischen und liberalen Ordnung im Jahr 1989 ein *gemeinsamer* (hervorgehoben: V.H.) Sieg war.⁴⁶ Auf breite Zustimmung dürfte auch die Einschätzung des ehemaligen Außenministers Joschka Fischer stoßen, Russland habe „den entscheidenden Fehler wiederholt, an dem die Sowjetunion zugrunde gegangen ist, nämlich vor allem der militärischen Macht zu vertrauen“.⁴⁷

⁴³ Russlandtag: Gemeinsame Projekte geplant. NDR, 18.10.2018, <www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Russlandtag-Gemeinsame-Projekte-geplant,russland1248.html>.

⁴⁴ Schwesig: Wir müssen gerade in schwierigen Zeiten weiter im Dialog mit Russland bleiben. Aktuelle Stunde im Landtag zur Partnerschaft mit dem Leningrader Gebiet. 25.4.2018, <www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Aktuelle-Stunde-Landtag-Leningrader-Gebiet>.

⁴⁵ Christoph Richter: Uneinigkeit bei Sanktionen. Deutschlandfunk, 19.8.2018, <www.deutschlandfunk.de/einbussen-in-ostdeutschland-uneinigkeit-bei-russland.862.de.html?dram:article_id=416041>.

⁴⁶ Thomas Bagger: The World According to Germany: Reassessing 1989. The Washington Quarterly, 4/2019, S. 53–63, hier S. 58 und 60.

⁴⁷ Joschka Fischer: Der Abstieg des Westens. Europa in der neuen Weltordnung des 21. Jahrhunderts. Köln 2018, S. 104–105.

8 lud Ministerpräsidentin
n sogenannten „Russland-
bahnen.“⁴³ Kritik weist sie

internationalen Konflikte
präch bleiben und unseren
mithelfen, den Gesprächs-
it Russland verbindet uns
erschaft [. . .] Ich sehe uns

olfgang Tiefensee (SPD):

m europäischen Geleitzug
gendein EU-Land – auch
en sollte.⁴⁵

sich und Tiefensee lehnt
teht, wie sie zu der Frage
laut etwa aus Italien – er-
bschaffung der Sanktionen

natistischen Zusammenarbeit,
t, nicht aber ändert. Es gilt
undespräsidialamt Thomas
die Intervention im Osten
erschüttert“. Diese hatte
en Ordnung im Jahr 1989
reite Zustimmung dürfte
hka Fischer stoßen, Russ-
die Sowjetunion zugrunde
vertrauen“.⁴⁷

3, <www.ndr.de/nachrichten/leplant,russland1248.html>.
Dialog mit Russland bleiben.
der Gebiet. 25.4.2018,
andtag-Leningrader-Gebiet>.
, 19.8.2018,
keit-bei-russland.862.de.html

sing 1989. The Washington
n Weltordnung des 21. Jahr-

Wandel von unten

Es bleibt der Bundesregierung somit nichts anderes, als auf eine punktuelle pragmatische Zusammenarbeit mit Russland zu setzen. In Positionspapieren, etwa einem von der SPD im Oktober 2018 vorgelegten, heißt es zwar:

Wir sollten und dürfen den derzeitigen Antagonismus zwischen Russland und dem Westen weder als natürlichen noch als Dauerzustand akzeptieren.⁴⁸

De facto läuft dies unter den gegenwärtigen Bedingungen der europäischen und internationalen Politik jedoch darauf hinaus, dass die Parteien der Regierungskoalition sich in der innenpolitischen Debatte bekräftigen, dass sie den von Russland geschaffenen neuen Status Quo auf der Krim und im Osten der Ukraine nicht anerkennen und gleichzeitig zu der alten Politik der 2000er Jahre zurückkehren. Da es auf höchster Ebene mit der gegenwärtigen Moskauer Führung keine Hoffnung auf ein Vorankommen gibt, soll nun eine „Modernisierungspartnerschaft von unten“ langfristig zu einem Wandel führen:

Differenzen schließen intensive Beziehungen nicht aus [. . .] Die Zusammenarbeit zwischen den Gesellschaften unserer Länder, zwischen den Kommunen und Regionen, ist eine der tragenden Säulen dieser Beziehungen.⁴⁹

Zwar weiß die Bundesregierung, dass es in Russland einen Reformdruck gibt und es in Russland etwa mit Aleksej Kudrin noch einige Kräfte in den höheren Machtkreisen gibt, die solche Reformen anmahnen. Doch auf Veränderungen von oben, auf die Kudrin drängt, mag man in Berlin nicht mehr hoffen. Die Maxime lautet: „Alles, was nicht von unten kommt, trägt nicht.“⁵⁰

Dies spiegelt sich nicht zuletzt in der Tätigkeit der in Russland arbeitenden Parteistiftungen. Auch die *Konrad-Adenauer-Stiftung* und die *Friedrich-Ebert-Stiftung* setzen heute viel mehr als früher auf Projekte, die fern der großen Politik liegen. Bürgerteilhabe bei städteplanerischen Entscheidungen, Nachhaltigkeit bei der Stadtentwicklung etwa durch Ausbau der Fahrradinfrastruktur, Unterstützung von Start-ups in der Kreativwirtschaft und Erfahrungsaustausch von Experten für Kommunalpolitik.⁵¹

⁴⁸ Dialog – Vertrauen – Sicherheit. Voraussetzungen und Impulse für eine zeitgemäße sozialdemokratische Entspannungspolitik. Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 9.10.2018, S. 8.

⁴⁹ Grußwort von Außenminister Heiko Maas anlässlich der Abschlussveranstaltung des Deutsch-Russischen Jahres der kommunalen und regionalen Partnerschaften, 14.9.2018, <www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-deutsch-russisches-jahr/2136882>.

⁵⁰ Interviews und Hintergrundgespräche mit vier deutschen Diplomaten und Stiftungsvertretern im September 2017 in Moskau.

⁵¹ Lediglich die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt neben den kommunalpolitischen Projekten noch auf eine Art Hinterzimmer-Diplomatie, auf die Vermittlung informeller Kontakte zwischen Politikern, um so das verlorene politische und institutionelle Vertrauen durch persönliches Vertrauen zu kompensieren.

Doch selbst dieser Ansatz ist gefährdet. Die Stiftungen sind sich bewusst, dass die russländischen Behörden selbst auf lokaler Ebene eine Stärkung der Gesellschaft oft als Bedrohung wahrnehmen. Wie groß der Druck ist, zeigt sich daran, dass oft davon die Rede ist, dass man „die zivilgesellschaftlichen Partner nicht verlieren“ dürfe. Gleichzeitig meinen die Stiftungsvertreter vor Ort eine „neue Dynamik“, eine „Belebung der Zivilgesellschaft“ und ein wachsendes Interesse an deutschen Erfahrungen zu erkennen.⁵² Insgesamt orientiert sich somit die deutsche Russlandpolitik in Zeiten eines für mittelfristig nicht überwindbar gehaltenen Antagonismus in zentralen Fragen der internationalen Ordnung an kleinen, wenig ambitionierten Zielen. Für eine ganz andere Politik, wie sie die AfD und *Die Linke* fordern, gibt es keine gesellschaftlichen Mehrheiten. Unverkennbar ist, dass die Bedeutung Russlands für die deutsche Politik mit der oben skizzierten Entfremdung sinkt.

Aus dem Tschechischen von Volker Weichsel, Berlin

⁵² Interview mit dem Vertreter einer deutschen Stiftung in Moskau im September 2017.